

# Niederschrift

## über die Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses vom Dienstag, 17. Juni 1997

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer  
Schriftführerin: Pfleger

Anwesend waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt ( für Stadträtin Luther), die Stadträtinnen Gruber, Portenlänger und Will, sowie die Stadträte Abinger, August, Schechner und Spözl.

Als Zuhörer waren Stadträtin Platzer sowie die Stadträte Krug und Riedl ( bis 20.00 Uhr) anwesend.

Entschuldigt fehlten Stadträtin Luther und stellv. Bürgermeister Ried.

Herr König und Herr Freitag ( bis 19.45 Uhr) nahmen beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

### Öffentlicher Teil

#### TOP 1

Museum Wald und Umwelt;

- a) Bericht über die Finanzierung
- b) Auftragsvergabe für den Bau zweier Modelle für die waldgeschichtliche Abteilung zum Thema „Vom offenen Herdfeuer zum Holzsparofen“
- c) Auftragsvergabe für den Bau eines Vormodells zum Thema „Natürliches Recycling und Kreislauf des Lebens“

öffentlich

- a) Herr Freitag erläuterte dem Ausschuß die Finanzsituation des Museums Wald und Umwelt für die Jahre 1996 und 1997.

	1996	1997(voraussichtl.)
Ausgaben	638.125,81 DM	327.200,00 DM
Einnahmen	348.481,00 DM	107.500,00 DM
Eigenanteil der Stadt	289.644,81 DM	

Die einzelnen Einnahmen- und Ausgabenpositionen sind der dem Protokoll als Anlage 1 beigefügten Finanzaufstellung zu entnehmen.

Besonders hervorzuheben ist der in 1996 durch die Baumpatenschaften eingenommene Betrag von 37.600,00 DM, dessen Höhe deutlich die positive Bindung der Ebersberger Bürger an das Projekt zeigt.

In Anbetracht der Änderungen und Erweiterungen des Projektes wurden inzwischen neue Zuschußanträge bei der Bayerischen Landesstiftung und beim Bezirk Oberbayern gestellt. Desweiteren soll für den Bau eines Dioramas ein Zuschußantrag an die „Deutsche Bundesstiftung Umwelt“ gerichtet werden.

Auf Anfrage erläuterte Herr Freitag, daß bisher jeweils knapp die Hälfte aller Ausgaben durch Spenden und Zuschüsse finanziert werden konnten, und daß dies auch für die kommenden Jahre ungefähr so zu erwarten sei.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine Berichterstattung; eine Beschlußfassung fand nicht statt.

- b) Für die waldgeschichtliche Abteilung des Museums sollen zwei Modelle im Maßstab 1:10 - „offenes Herdfeuer“, um 1800, und „Holzsparofen“, um 1900 - gebaut werden. Anhand der Modelle soll die durch die rapide Verschlechterung des Waldzustandes im 19. Jahrhundert, die zum Einsparen von Energie zwang, bedingte Entwicklung vom offenen Herdfeuer zu geschlossenen Öfen, die nur noch ein Zehntel der Holzmenge benötigten, dargestellt werden.

Das Modell des Küchenofens soll die frühere verrußte, ungesunde Rauchküche der sauberen, rauchfreien Küche gegenüberstellen. Die Stubenöfen sollen als aufgeschnittene Funktionsmodelle den Weg der Rauchgase durch Leuchtdioden zeigen.

Es wurden zwei Angebote von Modellbauern eingeholt:

B. Krückemeyer, München	34.500,00 DM
Th. Egger, München	31.100,00 DM

Da bei beiden Modellbauern die gleiche Kompetenz vorausgesetzt werden kann, empfiehlt die Verwaltung die Vergabe an den günstigeren Bieter, Th. Egger.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde angeregt noch weitere Angebote aus der Gegend östlich von München - Wasserburg, Burghausen („Holzland“) bis zum Bayerischen Wald - einzuholen, da hier zum einen viele Kenntnisse und Erfahrungen in Bezug auf Holz zu finden seien und zum anderen u.U. auch noch günstigere Preise angeboten würden. Hierzu stellte Herr Freitag fest, daß die notwendige enge Zusammenarbeit mit den Modellbauern keine allzu große räumliche Trennung erlaubt.

Auf den Hinweis, daß „echte“, alte Öfen anstelle der Modelle einen größeren Reiz darstellen würden, erklärte Herr Freitag, daß hierfür leider nicht genügend Platz zur Verfügung stünde. Auch die von einigen Stadträten gewünschte Funktionsfähigkeit zumindest des offenen Herdfeuers sei aus sicherheitstechnischen und feuerpolizeilichen Gründen nicht zu verwirklichen.

Der Umweltausschuß war sich einig, dem Bau der Modelle grundsätzlich zuzustimmen; er beauftragte Herrn Freitag jedoch bis zur Behandlung der Auftragsvergabe im Stadtrat weitere Angebote entsprechend dem Vorschlag aus der Gegend östlich von München einzuholen.

- c) Für die Abteilung „Wald heute“ soll ein Diorama zum Thema „Natürliches Recycling und Kreislauf des Lebens“ erstellt werden. Diese „kleine Schaubühne“ mit gemaltem Hinter- und dreidimensionalem Vordergrund wird an ihrer Vorderfront eine Größe von 1,20 m x 1,20 m aufweisen. Für das gesamte Diorama sind Kosten zwischen 50.000,00 DM und 60.000,00 DM zu erwarten.

Hiermit kann der Kreislauf des Lebens und der Natur, der keine unverwertbaren Reste zurückläßt, verdeutlicht werden. Gezeigt wird der vollständige Abbau pflanzlicher und tierischer Biomasse, durch den wiederum die Grundlage für neues Leben geschaffen wird. Insbesondere die Tätigkeit der zahlreichen Bodenlebewesen und ihr großer Anteil an diesem natürlichen Recycling sollen herausgestellt werden.

Die Aufgabe, die ein solches Diorama an einen Modellbauer stellt, ist in vielen Punkten neu, so daß der Bau eines Vormodells, das auch bei der Erschließung von Zuschußquellen sehr nützlich sein kann, sinnvoll erscheint.

Von Frau Krückemeyer wurde hierfür ein Angebot über 4.100,00 DM unterbreitet.

Auf Anfrage erklärte Herr Freitag, daß im Falle einer Vergabe an Frau Krückemeyer vertraglich festgelegt werden kann, daß nicht automatisch auch die Ausführung des endgültigen Modells an sie vergeben werden muß, auch wenn dies u.U. sinnvoll sein kann, z.B. im Hinblick auf eine dann evtl. mögliche Anrechnung der Kosten für das Vormodell.

Der Umweltausschuß beschloß einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, den Auftrag für die Erstellung eines Vormodells zum Diorama „Natürliches Recycling und Kreislauf des Lebens“ mit einem Volumen von 4.100,00 DM an Frau Krückemeyer, München zu vergeben.

## TOP 2

### Errichtung einer Gleichstellungsstelle; Beratung des Satzungsentwurfes

---

öffentlich

Im Nachgang zur Empfehlung des Sozialausschusses vom 08.04. 1997 wurde der Satzungsentwurf der Stadträtinnen sowie ein zwischenzeitlich von der Verwaltung erstellter Entwurf dem Personalausschuß zur Stellungnahme vorgelegt.

Bürgermeister Brilmayer verlas zunächst die nunmehr vorliegende Aussage des Personalrates, die sich im wesentlichen gegen die Einrichtung einer Gleichstellungsstelle ausspricht, da bei der Stadtverwaltung Ebersberg aufgrund der Beschäftigtenanzahl und im Hinblick auf das herrschende Vertrauensverhältnis zwischen Behördenleitung und Beschäftigten eine solche Einrichtung nicht notwendig sei. Das Schreiben des Personalrates liegt dem Protokoll als Anlage 2 bei.

Von einzelnen Ausschußmitgliedern wurde hierzu festgestellt, daß diese Stellungnahme wohl nur auf einer zu geringen Information des Personalrates über Sinn und Zweck der Gleichstellungsstelle beruhen könne.

Im Vorfeld der Sitzung des Sozialausschusses hat eine Besprechung zwischen der Verwaltung und einigen Stadträtinnen stattgefunden, die einen gemeinsamen Entwurf der Gleichstellungssatzung zum Ergebnis hatte (2. Entwurf der Verwaltung vom 16.06.1997), der nun im Einzelnen durchbesprochen wurde.

Der Ausschuß zeigte sich mit dem vorgelegten Entwurf größtenteils einverstanden, zu folgenden Paragraphen wurden jedoch Anmerkungen bzw. Anträge formuliert und entsprechende Beschlüsse gefasst:

§ 1 Satz 3 (des Satzungsentwurfes v. 16.6.1997):

Stadträtin Portenlänger beantragte die Streichung des Satzes „Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Personalrates und Gleichstellungsbeauftragte sein“, da dies durch die gesetzlichen Vorgaben ohnehin zwingend geregelt sei, und daher nicht an so exponierter Stelle wiederholt werden sollte.

Der Sozialausschuß beschloß einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, in den § 1 des Entwurfes, der dem Stadtrat als Empfehlung vorgelegt werden soll, den Satz „Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Personalrates und Gleichstellungsbeauftragte sein“ nicht aufzunehmen.

§ 2 Abs. 3 (des Satzungsentwurfes v. 16.6.1997):

Stadträtin Portenlänger schlug vor, die Formulierung der Verwaltung zum Umfang der Freistellung der Gleichstellungsbeauftragten von ihren sonstigen dienstlichen Tätigkeiten um den Passus „mindestens jedoch 6 Stunden wöchentlich“ zu ergänzen, so daß in der Satzung eine konkrete Sicherung der Arbeitsmöglichkeiten für die Gleichstellungsbeauftragte erhalten sei, wie dies im gemeinsamen Entwurf der Stadträtinnen von Anfang an vorgesehen war. Mit dieser konkreten Festlegung einer Mindeststundenzahl soll darüberhinaus von vornherein der erforderlichen Arbeitsumfang umrissen werden. Dies bedeute z.B. auch, daß die jeweilige Gleichstellungsbeauftragte nicht ständig und willkürlich nach oben von dieser Zeitvorgabe abweichen kann. Durch die zeitliche Festlegung werde desweiteren klargestellt, daß die sonstigen Tätigkeiten der Gleichstellungsbeauftragten in entsprechendem Maße zu reduzieren sind.

Dem wurde entgegengehalten, daß die von der Verwaltung vorgeschlagene Formulierung der Gleichstellungsbeauftragten jegliche Ausdehnung des Arbeitsumfanges völlig in eigener Verantwortung überlasse. Ein Weisungsrecht bestehe gem § 2 Abs. 2 der Satzung nicht. So könne die Gleichstellungsbeauftragte ihre Arbeitszeit völlig flexibel den jeweils aktuellen Bedürfnissen anpassen, wie dies derzeit allseits von einer schlanken, leistungsfähigen Verwaltung gefordert wird. Einer konkreten Zeitvorgabe widerspräche insbesondere die mangelnde Erfahrung hinsichtlich des notwendigen Arbeitsumfanges, da es sich bei der einzurichtenden Stelle um ein Novum handelt, für das noch keine Vergleichswerte vorliegen. Die vorgegebene Zahl von 6 Wochenstunden erscheine daher völlig willkürlich. Zu bedenken sei außerdem, daß die Gleichstellungsbeauftragte keine linearen Aufgaben erfüllt, die einen gleichmäßigen Zeitrahmen erfordern, sondern, daß sie vielmehr punktuell tätig wird, so daß eine hohe zeitliche Flexibilität notwendig erscheint.

Der Sozialausschuß sprach sich mit 6 : 3 Stimmen dagegen aus, in § 2 Abs. 3 des Satzungsentwurfes, der dem Stadtrat als Empfehlung vorgelegt werden soll, den Passus „mindestens jedoch 6 Stunden wöchentlich“ einzufügen.

§ 7 Abs. 1 (des Satzungsentwurfes v. 16.6.1997):

Stadträtin Portenlänger regte an, in § 7 Abs. 1 der Satzung - entsprechend dem Satzungsentwurf der Stadt Coburg - ein eigenständiges Darstellungsrecht in der Presse für die Gleichstellungsbeauftragte aufzunehmen.

Herr König hielt dem entgegen, daß ein solches Recht dem in der Gemeindeordnung dem Bürgermeister zugesprochenen alleinigen Vertretungsrecht der Gemeinde nach außen widerspricht und daher als rechtswidrig angesehen werden muß.

Stadträtin Portenlänger verzichtete in Anbetracht dessen auf einen ihrem Vorschlag entsprechenden Antrag.

Der Sozialausschuß beschloß mit 6 : 3 Stimmen, dem Stadtrat die Verabschiedung der Satzung für die Gleichstellungsbeauftragte und das Gleichstellungskonzept der Stadt Ebersberg in der Fassung des 2. Entwurfes der Verwaltung vom 16.06 1997 unter Berücksichtigung der zu den einzelnen Paragraphen gefassten Beschlüsse zu empfehlen. Die entsprechende Neufassung des Entwurfes liegt dem Protokoll als Anlage 3 bei.

Stadträtin Portenlänger stellte abschließend fest, daß es ihr aufgrund des Fehlens der konkreten Zeitvorgabe nicht möglich war, für den Satzungsentwurf zu stimmen, wenn dieser auch ansonsten positiv zu bewerten sei; ohne einen vorgegebenen Zeitrahmen erscheint jedoch die gewollte Außenwirkung der Gleichstellungsstelle sinnlos.

### TOP 3

Kindergartenbus;

a) Bericht über den Betrieb

b) Fortführung im Kindergartenjahr 1997/98

---

öffentlich

a) Seit 1990 hat die Stadt Ebersberg einen Beförderungsvertrag mit dem BRK für Hol- und Bringfahrten aus den umliegenden Orten zu den Ebersberger Kindergärten und seit 1994 zusätzlich aus Ebersberg zum Kindergarten Oberndorf. Dies ist eine freiwillige Leistung der Stadt.

Durch den Kindergartenbus werden die im Außenbereich wohnenden Eltern entlastet. Der Wegfall vieler Einzelfahrten wirkt sich positiv auf Umwelt und Verkehrsaufkommen aus. Außerdem verringert sich das „Parkplatzchaos“ vor den Kindergärten.

Der Betrieb des Kindergartenbusses verlief bisher problemlos, was auf die sehr gute und sehr flexible Arbeitsweise des BRK zurückzuführen ist. Auch zeigen stichprobenartige Rückfragen stets volle Zufriedenheit der Eltern.

Momentan wird der Bus von 31 Kindern in Anspruch genommen. Der Stadt sind bereits jetzt wieder einige Familien bekannt, die im kommenden Kindergartenjahr an einer Nutzung interessiert sind.

Seit Beginn des Kindergartenbusbetriebes wird eine ca. hälftige Kostenteilung zwischen der Stadt und den Eltern praktiziert; der derzeitige Elternanteil beträgt 38,50 DM pro Monat. Im vergangenen Kindergartenjahr entstanden der Stadt insgesamt Kosten in Höhe von 11.869,00 DM.

Vom Ausschuß wurde insbesondere die durch den Bus erreichte Verkehrsreduzierung hervorgehoben.

b) Der Sozialausschuß beschloß einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, den Kindergartenbus im Kindergartenjahr 1997/98 in gewohnter Weise fortzuführen.

### TOP 4

## Kulturverein Zorneding; Bezuschussung des Klavierzyklus

---

öffentlich

Der Kulturverein Zorneding veranstaltet seit einigen Jahren Klavierzyklen im Alten Kino. Zur Aufführung kommen dabei jeweils 5 Konzerte pro Jahr, deren Darbietungen sich auf hohem Niveau bewegen. Regelmäßig entsteht für diese Veranstaltungsreihe ein Fehlbetrag von mehreren Tausend Mark; für den vergangenen Zyklus beziffert sich das Defizit auf 6.657,83 DM.

Da die Zuschüsse der Gemeinden Zorneding und Vaterstetten in Höhe von ca. 20% des jeweiligen Fehlbetrages, die der Verein jährlich erhält, verständlicherweise nicht indirekt anderen Gemeinden zugute kommen sollen, bittet der Kulturverein Zorneding um Beteiligung der Stadt an diesem Defizit in prozentual ungefähr der gleichen Höhe. Dies bedeutet für das Veranstaltungsjahr 1996/97 einen Finanzierungsbeitrag von 1.300,00 DM gesamt oder 260,00 DM pro Konzert.

Für die weiteren Jahre solle nach der Vorstellung des Vereins eine 20%ige Defizitbeteiligung mit einer Begrenzung auf höchstens 1.500,00 DM festgeschrieben werden.

Bürgermeister Brilmayer schlug vor im Hinblick auf die positive Bereicherung der Ebersberger Kulturszene durch die Klavierzyklen entsprechend der Anregung des Kulturvereins zu verfahren.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde angeregt die Zuschußgabe von der jeweiligen Ausweisung im Haushaltsplan jeden Jahres abhängig zu machen.

Der Kulturausschuß beschloß einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, dem Kulturverein Zorneding für den Klavierzyklus 1996/97 einen Zuschuß in Höhe von 1.300,00 DM zu gewähren. In den kommenden Jahren beteiligt sich die Stadt - vorbehaltlich der jeweiligen Ausweisung im Haushalt - je Veranstaltungsreihe mit 20%, höchstens jedoch 1.500,00 DM am entstehenden Fehlbetrag.

## TOP 5

### Verschiedenes

---

öffentlich

#### a) Rodenstockgelände:

Bürgermeister Brilmayer informierte den Ausschuß darüber, daß die Verhandlungen zwischen der Firma Rodenstock und dem interessierten Bauträger endgültig gescheitert sind, da die Erfolgsaussichten zu unsicher seien. Gegenüber der Fa. Rodenstock brachte Bürgermeister Brilmayer zum Ausdruck, daß die Stadt von ihren Vorgaben keine Abstriche mehr machen könne, da hier schon das unterste Level erreicht sei.

#### b) Caritas- Sozialstation; Zuschußantrag:

Mit Schreiben vom 09.06.1997 bittet die Caritas-Sozialstation um den jährlichen Zuschuß von 0,50 DM pro Einwohner.

In den verschiedenen Dienstleistungsbereichen der Sozialstation wurden in Ebersberg im Jahr 1996 insgesamt 74 Personen regelmäßig betreut.

Der Sozialausschuß beschloß einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, der Caritas-Sozialstation einen Zuschuß von 0,50 DM pro Einwohner, d.h. 5.214,50 DM bei einer Einwohnerzahl von 10.429 (Stand: 31.12.1997), zu gewähren. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß hiermit keine Bezuschussung von Pflegeleistungen erfolgt.

## TOP 6

### Wünsche und Anfragen

---

öffentlich

#### a) Spielplatz am Hans-Sponholz-Anger:

Stadträtin Portenlänger berichtete, daß die Nutzer des Spielplatzes am Hans-Sponholz-Anger um eine Umrandung des vorhandenen Sandkastens bitten, da momentan der Sand über den gesamten Platz verteilt wird.

Bürgermeister Brilmayer sagte zu den Bauhof mit den entsprechenden Arbeiten zu beauftragen.

#### b) Bolzplatz am Moosstefffeld („Terrafinanz“):

Der Bolzplatz am Moosstefffeld wurde zwar zwischenzeitlich von den Verbotsschildern „befreit“, kann aber wieder nicht mehr genutzt werden, da er von den Eigentümern nicht gemäht wird. Die Kinder weichen deshalb auf den Platz vor der Gastwirtschaft aus, von dem sie allerdings immer wieder verscheucht werden. Um entsprechende Abhilfe wird gebeten.

Bürgermeister Brilmayer sagte zu, bei den Eigentümern die Erlaubnis zum Mähen des Platzes durch die Stadt zu erbitten.

#### c) Eisdiele im Rathaus:

Stadträtin Will kritisierte die Fensterfront der Eisdiele im Rathaus, die aufgrund des verwendeten Kunststoffmaterials den Gesamteindruck des Hauses erheblich störe.

Bürgermeister Brilmayer erläuterte, daß der Einbau der Fenster mit dem Landesamt für Denkmalpflege so abgesprochen worden sei.

Stadträtin Will wies weiter daraufhin, daß die Lage der Eisdiele ein erhebliche Gefahr für Kinder darstelle. Hier sollten entsprechende Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden.

Bürgermeister Brilmayer erklärte, daß er diesbezüglich bereits einen Termin mit dem Straßenbauamt, dem Landratsamt und der Polizei vereinbart habe, um für diese Problematik Lösungsmöglichkeiten zu finden.

#### d) Gestaltung des Pausenhofes der Schule:

Stadträtin Portenlänger bat um einen Bericht zum Sachstand der geplanten Gestaltung

des Pausenhofes der Schule an der Baldestraße.

Herr König erläuterte, daß Schule und Elternbeirat zwischenzeitlich einen Plan, in den die bekannten Vorgaben eingezeichnet wurden erhalten hätten. Die Schule hat das Vorhaben nun im Hause bekannt gemacht, um Ideen zur Gestaltung anzuregen. Der Obst-und Gartenbauverein hat seine praktische Mithilfe bei der Gestaltung angeboten.

Stadträtin Portenlänger regte an die Gestaltung zum gegebenen Zeitpunkt auch im Sozialausschuß zu diskutieren.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr  
Ende der öffentlichen Sitzung: 21.45 Uhr

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung:

Brilmayer  
Sitzungsleiter

Pfleger  
Schriftführerin